

ZUR PERSON



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den ehemaligen Generalstaatsanwalt **Fritz Bauer** (1903-1968) als eine „Schlüsselfigur“ der jungen Bundesrepublik bezeichnet. Der Frankfurter Auschwitz-Prozess sei eine „Wegmarke“ gewesen, sagte Steinmeier in einer Gedenkstunde für Bauer 50 Jahre nach dessen Tod am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche. Bauer habe mit seinem Engagement die Rückkehr des Landes in die demokratische Weltgemeinschaft ermöglicht. Bauer sei kein „Nazi-Jäger und Racheengel“ gewesen, sondern „Aufklärer und Humanist“, sagte Steinmeier. Ihm sei es mit der juristischen Ahndung der NS-Verbrechen darum gegangen, „die Deutschen vor einem Rückfall in die Barbarei zu schützen“. (dpa)

KURZ NOTIERT

Medien: Nordkorea bleibt heimlich auf Atomkurs

WASHINGTON Trotz seines Bekenntnisses zur atomaren Abrüstung beim Singapur Gipfel betreibt Nordkorea laut Medienberichten sein Atomwaffenprogramm heimlich weiter. Nordkorea habe die Absicht, einen Teil seines atomaren Materials zu behalten und Produktionsstätten vor den USA zu verstecken, berichtete gestern die „Washington Post“ unter Berufung auf US-Verantwortliche. Es gebe Hinweise auf geheime Produktionsstätten und die Entwicklung von Methoden in Nordkorea zur Verschleierung der Herstellung von Atomwaffen. Zuvor hatte der US-Fernseher NBC Ähnliches berichtet. (afp)

Syrische Rebellen geben Orte kampflös auf

DAMASKUS Nach heftigen Angriffen im Süden Syriens haben Rebellen mehrere Orte kampflös an regierungstreue Truppen übergeben. Für mindestens acht Orte im Osten der umkämpften Provinz Daara seien Abkommen unter Vermittlung Russlands erzielt worden, erklärte die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Angesichts der instabilen Lage im Grenzgebiet verlegte die israelische Armee weitere Panzer- und Artillerietruppen auf die Golanhöhen. Israels Streitkräfte seien auf mögliche Entwicklungen vorbereitet, teilte die Armee mit. (dpa)

KONTAKT

AZ-Politikredaktion

☎ 0241 5101-393

🕒 Mo.-Fr. 10-18 Uhr

✉ az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Zeitung

Eifeler Zeitung, Stolberger Zeitung, Eschweiler Zeitung, Geilenkirchener Zeitung, Heinsberger Zeitung, Dürener Zeitung, Jülicher Zeitung.

Herausgeber: Aachener Verlagsgesellschaft mbH

Chefredakteur: Bernd Mathieu (verantwortlich),

stellvertretender Chefredakteur: Thomas Thelen,

Chef vom Dienst: Amien Idris.

Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH

Geschäftsführung:

Andreas Müller

Postanschrift:

Postfach 500 110, 52085 Aachen

Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

Anzeigen: Jürgen Carduck (verantwortlich)

Druck: Euregio Druck GmbH,

Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.

Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Schuld des Verlages - etwa in Fällen höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens - entsteht kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2018. Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden. Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Zeitung und ihrer Heimatzeitungen wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Rentner bekommen mehr. Aber es wird schwieriger.

Jetzt haben die Ruheständler erst mal mehr im Portemonnaie. Nicht alle können das Geld komplett behalten.

VON BASIL WEGENER

BERLIN Die Bezüge der rund 21 Millionen Rentner in Deutschland sind mit Monatsbeginn spürbar gestiegen. Im Westen steigen sie um 3,22 Prozent und im Osten um 3,37 Prozent. Die Rentenerhöhung umfasst alle gesetzlichen Renten inklusive Mütterrente, auch Erwerbsminderungs-, Witwen- oder Waisenrente. Die Rentenerhöhung beruht nicht auf einer einmaligen Entscheidung etwa der Regierung, sondern auf einer bereits früher festgelegten Formel: Im Kern folgt sie der Lohnentwicklung. Dass die Rente derzeit in Hochform ist, liegt also an der guten Konjunktur. Aber auch die Beitragsentwicklung und das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern spielen hinein, sodass in den jährlichen Rentenanpassungen künftig

auch verstärkt das ungünstiger werdende Verhältnis von zahlreicheren Rentnern und weniger werdenden Beitragszahlern zu Buche schlagen wird.

Die Rentenerhöhung kommt nicht bei allen komplett an. Zehntausende werden wegen der höheren Renten zusätzlich steuerpflichtig. Rund 54 000 Rentner müssen jetzt zusätzlich Einkommensteuer zahlen. Rund 4,4 Millionen Senioren werden steuerpflichtig sein - fast doppelt so viele wie im Jahr 2005. Keine Steuern zahlen müssen jene, deren steuerpflichtiger Anteil der Rente unterhalb des Grundfreibetrags liegt (aktuell 9000 Euro), zusätzlich Werbungskostenpauschale von 102 Euro. Versicherungspflichtige Rentner müssen prozentuale Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung zahlen; mit der Ren-



Ein paar Euro mehr: Ab heute gibt es etwas mehr für Rentner.

FOTO: EPD

te steigen auch die Beiträge.

Die meisten Männer im Westen Deutschlands erhalten eine monatliche Altersrente zwischen 1250 und 1300 Euro, im Osten zwischen 1000 und 1100 Euro (2016). An westdeutsche Frauen werden am häufigsten

Altersrenten zwischen 200 und 300 Euro gezahlt, während ostdeutsche Frauen am häufigsten Altersrenten zwischen 800 und 850 Euro erhalten. Nur knapp zwei Drittel aller Einkommen der Seniorenhaushalte stammen aber von der gesetzli-

chen Rente. 2015 kamen Ehepaare im Westen auf ein monatliches Nettoeinkommen von im Schnitt 2572 Euro, alleinstehende Männer auf 1593 und Frauen auf 1422 Euro.

Die Rente gerät immer stärker unter Druck, weil es weniger Beitragszahler, aber mehr Rentner - zumal mit längeren Rentenbezugszeiten - geben wird. In den kommenden Jahren geht die Generation der Babyboomer schrittweise in Rente. Die Regierung setzt auf Vorschläge einer Rentenkommission, die für März 2020 angekündigt sind. Sie will die Rente auskömmlich halten, ohne die jüngeren Beitrags- und Steuerzahler zu überfordern. Wichtig ist ihr, dass die Menschen auch privat oder betrieblich vorsorgen. Noch nicht vom Tisch ist eine Koppelung des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung.

Pflegekräfte dringend gesucht

Schon heute kann der Bedarf nicht gedeckt werden. Eine Gesellschaft mit immer mehr alten Menschen braucht noch viel mehr Personal. Drei Minister sagen morgen, was sie tun wollen.

VON CHRISTOPH ARENS

BERLIN Der Arbeitsmarkt in der Pflege ist leergefegt. Bundesweit fehlen schon jetzt mehr als 36 000 Fachkräfte. Der Personalbedarf wird in der alternden Gesellschaft weiter steigen.

Wie hoch ist der Personalmangel in der Pflege?

Dramatisch. Bundesweit seien derzeit mindestens 36 000 Stellen in der Alten- und Krankenpflege unbesetzt, sagt die Bundesregierung unter Berufung auf die Bundesagentur für Arbeit. Danach fehlen in der Altenpflege 15 000 Fachkräfte und 8500 Helfer. In der Krankenpflege gab es 11 000 offene Fachkräftestellen und 1500 unbesetzte Helfer-Jobs.

Wie viele zusätzliche Pflegekräfte werden gebraucht?

Dazu gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen. Spahn sagte gestern, Deutschland brauche bis zu 50 000 zusätzliche Pflegekräfte. Manche Experten schätzen den Mangel noch größer ein: Der Deutsche Pflegerat und die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie erklärten, allein in den rund 2000 Krankenhäusern fehlten mindestens 50 000 Pflegefachpersonen. Fest steht: Angesichts der alternden Gesellschaft wird der Bedarf an Pflegekräften weiter stark ansteigen. Laut Bundesinstitut für Berufsbildung könnten im Jahr 2035 in den Pflege- und Gesundheitsberufen rund 270 000 Fachkräfte fehlen. Und eine Studie der Bertelsmann-Stiftung rechnet sogar mit einer Lücke von 500 000 Vollzeitkräften, wenn sich die Zahl der Pflegebedürftigen wie prognostiziert erhöht.

Wie ist es zu dieser Situation gekommen?

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz macht vor allem die Arbeitgeber in Krankenhäusern, Heimen und Pflegediensten für die Personalnot verantwortlich. Sie hätten jahrelang auf Kosten der Pflegekräfte gespart. Im vergangenen Jahr hatten die Patientenschützer konkrete Zahlen zu Krankenhäusern vorgelegt: Danach ist die Zahl der Ärzte



Ohne helfende Hände geht es nicht: Alten- und Pflegeheime suchen Arbeitskräfte.

FOTO: DPA

in Deutschland zwischen 1991 und 2016 um 66 Prozent auf 158 100 gestiegen. Zeitgleich sank die Zahl der Pflegekräfte in Krankenhäusern um 0,3 Prozent auf 325 100.

Welche Auswirkungen hat das?

Menschliche Zuwendung zu Patienten und Pflegebedürftigen kommt häufig zu kurz. Auswirkungen hat das auch auf die Gesundheit der Pflegekräfte: Nach einer Umfrage der Betriebskrankenkassen sind überdurchschnittlich viele Beschäftigte in der Alten- und Krankenpflege überzeugt, ihren Beruf nicht langfristig ausüben zu können. Der Krankenstand ist hoch, viele Pflegenden verringern ihre Arbeitszeit oder steigen ganz aus.

Gibt es Gegenmaßnahmen?

Politik, Arbeitgeber und Pflegenden fordern Maßnahmen, um die

Pflegeberufe wieder attraktiver zu machen. Spahn und Heil setzen vor allem auf eine flächendeckende Tarif-Entlohnung und attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu gehören Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Job sowie Investitionen in Software und Technik, um die Pflegenden von bürokratischen Aufgaben zu entlasten. Nur so könnten Aussteiger wieder zurückgeholt und Teilzeitkräfte dazu bewegt werden, ihr Stundenkontingent wieder aufzustocken. Auch bei den Personaluntergrenzen tut sich etwas: Die Politik hat Termine gesetzt, bis zu denen Personalschlüssel in Pflegeheimen und Krankenhäusern definiert und eingeführt werden müssen.

Können ausländische Pflegekräfte das Problem lösen?

Laut Bundesgesundheitsminis-

ter können sie zumindest ein Teil der Lösung sein. Heil und Spahn beklagen allerdings, es gebe große Hürden, damit gut ausgebildete ausländische Pflegekräfte nach Deutschland kommen könnten. Dabei kommt nach ihren Angaben kaum ein Krankenhaus oder Altenheim ohne sie aus. Schon jetzt ist die Zahl der ausländischen Pflegekräfte groß; sie hat sich nach Angaben der Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren fast verdoppelt.

Lassen sich mehr Berufseinsteiger anwerben?

Durch die Zusammenlegung der Berufsbilder der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege soll die Ausbildung attraktiver werden. Auch sollen Auszubildende künftig überall eine Vergütung erhalten und kein Schulgeld mehr zahlen müssen.

Staat soll nicht helfen, an Mittel für Suizid zu kommen

BERLIN Schwer kranke Patienten in Deutschland sollen nicht mit staatlicher Erlaubnis an Medikamenten für eine Selbsttötung kommen können. Das Bundesgesundheitsministerium forderte das zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte auf, solche Anträge von Bürgern abzulehnen. „Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, Selbsttötungshandlungen durch die behördliche, verwaltungsaktmäßige Erteilung von Erlaubnissen zum Erwerb des konkreten Suizidmittels aktiv zu unterstützen“, heißt es in einem Schreiben von Staatssekretär Lutz Stroppe an die Behörde.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte im vorigen Jahr entschieden, dass es für sterbewillige Patienten in Extremfällen einen Zugang zu einer tödlichen Dosis Betäubungsmittel für einen Suizid geben kann. Schwer kranke Menschen hätten gemäß Grundgesetz das Recht zu entscheiden, wie und wann sie aus dem Leben scheiden wollen. Das Ministerium argumentiert nun, eine Kauf-erlaubnis mit dieser Intention sei gerade nicht mit dem Zweck des Betäubungsmittelgesetzes vereinbar, die notwendige medizinische Versorgung sicherzustellen. Dies bedeutete, dass die Beendigung des Lebens als therapeutischen Zwecken dienend angesehen würde. „Eine Selbsttötung kann jedoch keine Therapie sein“, heißt es in dem Schreiben. (dpa)

Iran kommt nicht zur Ruhe: Proteste wegen Wassernot

PARIS/TEHERAN. Nach tagelangen Protesten in Teheran ist es am Wochenende auch in anderen Teilen des Irans zu Unruhen gekommen. Auslöser waren Probleme mit der Wasserversorgung. Innenminister Abdulresah Rahmani Fasli bestätigte gestern den Polizeieinsatz mit Schusswaffen bei Unruhen in der südwestlichen Provinz Chusestan. Dort hatten Städte wie Choram-schar tagelang bei Temperaturen über 45 Grad Celsius kein Trinkwasser. In Sozialen Medien hieß es, bei den Protesten seien auch Parolen gegen die Regierung und das islamische System laut geworden. Augenzeugen berichteten von Toten nach Schüssen der Polizei.

In Paris kamen am Wochenende Zehntausende iranische Regimegegner zu einer Versammlung zusammen. Die Veranstalter riefen zum Sturz der „Religionsdiktatur“ im Iran auf. Der Zustand der Gesellschaft sei explosiv, die Revolutionsgarden litten unter Desertionen und die Mullahs könnten nicht mehr auf die USA als Vertreter einer Beschwichtigungspolitik zählen. Der iranische Präsident Hassan Ruhani reist heute in die Schweiz und danach nach Österreich, um über die Folgen des US-Ausstiegs aus dem Atomabkommen mit dem Iran zu sprechen. (dpa)

Vor Nato-Gipfel Gerüchte um US-Abzug

Pentagon dementiert Berichte, dass Trump erwägt, US-Soldaten aus Deutschland heimzuholen

WASHINGTON Das US-Verteidigungsministerium hat einem Medienbericht widersprochen, wonach die US-Regierung einen Abzug der in Deutschland stationierten US-Soldaten erwägt. Die „Washington Post“ hatte am Freitag berichtet, zu den möglichen Optionen gehöre eine Rückkehr eines Großteils der rund 35 000 in Deutschland stationierten Soldaten in die USA oder die Verlegung des gesamten oder eines Teils des Kontingents nach Polen.

Auch ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats dementierte.

Dem Zeitungsbereich zufolge hatte US-Präsident Donald Trump die Idee eines Truppenabzugs zuvor bei einem Treffen mit Militärberatern aufgebracht. Die europäischen Nato-Mitglieder seien beunruhigt über den Vorgang und versuchten zu klären, ob Trump es ernst meine oder die Drohung mit einer Truppen-Neustrukturierung eine Verhandlungstaktik im

Vorfeld des Nato-Gipfels sei. Pentagon-Sprecher Eric Pahon erklärte, die Stationierung von US-Trup-

pen im Ausland werde regelmäßig überprüft und einer „Kosten-Nutzen-Rechnung“ unterzogen. (afp)

EINWANDERUNG

Proteste gegen Trump überall in den USA

Mit Kundgebungen in allen 50 Bundesstaaten haben Menschen in den USA gegen die harsche Behandlung von Migranten protestiert. Sie ver-

langten die Zusammenführung von Eltern und ihren Kindern, die beim Grenzübertritt getrennt worden waren. Das Justizministerium kündigte an, illegal eingereiste Eltern mit ihren Kindern länger in Gewahrsam halten zu wollen. (afp)